

Haben Tafelnutzende Ansprüche?

STEPHAN LORENZ

Die Frage lässt sich auf zweierlei Weise sehr schnell beantworten. Erstens: Ja, es kommen immer wieder Menschen zur Tafel, die Anspruch auf die Leistungen der Tafel erheben. Und zweitens: Nein, Tafelarbeit wird freiwillig geleistet und könnte insoweit jederzeit eingestellt werden; folglich kann darauf kein Anspruch seitens der NutzerInnen erhoben werden. Da die Frage doppeldeutig ist, liefert die einfache Beantwortung einen Widerspruch. Das Problem fängt hier erst an. Es muss genauer gefragt werden, um welche Ansprüche es sich handelt, wie sie entstehen und wer sie wann oder wo stellen kann.

Wer soll welche Bedürfnisse befriedigen?

Ein Ausgangspunkt der Tafelarbeit ist die Annahme, dass es Bedürftigkeit gibt. Bedürftigkeit meint in der Regel, dass Menschen offensichtlich zu wenig haben, um bestimmte Mindeststandards der Lebensführung erreichen zu können. Dies ist oft eine direkte oder indirekte Folge von Arbeitslosigkeit, womit zugleich ausreichendes eigenes (oder familiäres) Einkommen fehlt. Bedürftigkeit verweist dann darauf, dass die sozialstaatlich organisierte, vor allem finanzielle Ausstattung von Menschen in solchen Lebenssituationen mangelhaft ist. Aus Tafel-

sicht reichen die rechtlich geregelten Möglichkeiten Ansprüche zu stellen nicht aus, um ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe und Bedürfnisbefriedigung sicher zu stellen. Anders formuliert: Die sozialpolitisch definierten sozialen Rechte sind unzureichend. Die Tafeln bieten deshalb eine zusätzliche Unterstützung an, indem sie Lebensmittel kostenlos bzw. meist gegen geringe Geldbeträge anbieten.

Wenn das Problem ist, dass die Rechtsansprüche auf Unterstützung zu gering bemessen sind, dann können die Tafeln mit ihren Angeboten etwas Entlastung verschaffen. Sie demonstrieren damit zugleich, dass sie die sozialstaatliche Problembearbeitung für unzureichend halten. Gelöst ist das Problem damit freilich noch nicht, denn die Frage bleibt ja, wie eine sozialpolitisch angemessene Bearbeitung aussehen müsste. Bei den Tafeln gibt es darauf im Wesentlichen drei Reaktionen.

(1) Die erste sagt, dass das eben nicht mehr Aufgabe der Tafeln, sondern der institutionalisierten Politik sei. Für die Tafeln sei es ausreichend, dass sie durch ihre Arbeit auf politische Versäumnisse aufmerksam machen und man könne ihnen auch nicht mehr zumuten. Allerdings lässt sich das staatlicherseits ganz anders deuten: die Leistungen der Tafeln können durchaus einfach als Entlastung wahrgenommen werden. Solange die Probleme zivilgesellschaftlich auf freiwilliger Basis aufgefangen werden, lassen sich eigene politische Lösungen beliebig vertagen, zumal das Geld immer knapp ist – bedient werden zuerst andere, die ihre ›Ansprüche‹ laut genug einfordern (können).

(2) Die zweite Reaktion schließt daran an, indem sie diese zivilgesellschaftliche Bearbeitung zum eigenen Programm macht. Es ist der Versuch, die Tafelarbeit zu etablieren und dafür möglichst viele Mittel von Spendern und Sponsoren zu gewinnen, um diese verteilen zu können. Wo dies tatsächlich angestrebt wird, arbeitet man gewissermaßen an einem sozialpolitischen Systemwechsel: zumindest Teile der solidarischen Leistungen gegenüber hilfesuchenden Menschen sollen gesellschaftlich auf freiwilliger Spendenbasis und nicht (mehr) auf sozialstaatlich garantierter Basis erbracht werden. Öffentlich wird zwar eher darauf hingewiesen, dass die Tafeln eigentlich wieder überflüssig werden sollten. Faktisch weist die Tafelentwicklung (und vergleichbare Entwicklungen international) aber in Richtung einer Etablierung. Offensiv als Problemlösung wird

das kaum vertreten und würde wohl auch für öffentliche Empörung sorgen. Jedenfalls noch: In den USA und Kanada, aus denen die Vorbilder solcher Unterstützungsformen für Europa kommen, handelt es sich durchaus ebenfalls um relativ neue Phänomene, die keineswegs urwüchsig zum dortigen Sozialsystem gehören. Doch der zeitliche Vorsprung von gut einem Jahrzehnt reicht, ein größeres Maß an gesellschaftlicher Normalität solcher Hilfen zu erreichen.

Aber auch hierzulande gibt es Stellungnahmen, die die Etablierung der Tafeln als Teil der Lösung begrüßen oder sogar fordern. So wurden die Tafeln Mitte der 1990er Jahre im Rahmen eines (unentgeltlichen) Pro-Bono-Projekts der Unternehmensberatung McKinsey beraten, wobei zwei Handbücher zum Aufbau bzw. Betrieb einer Tafel entstanden. Im letzteren heißt es (McKinsey & Company 1997: F1):

»Die Bereicherung des Speisezettels von Bedürftigen und die sinnvolle Nutzung im Überfluss an anderer Stelle vorhandener Nahrungsmittel – diese Idee der Tafeln ist so bestechend, dass man ihr eine große Zukunft vorhersagen möchte. [...] Die Frage, ob Tafeln eine Modeerscheinung sind und genauso schnell verschwinden, wie sie entstanden sind, lässt sich wohl verneinen – dafür ist die Idee zu überzeugend. [...] Insgesamt werden jedoch die Tafeln aus der sozialen Landschaft mittelfristig nicht mehr wegzudenken sein und angesichts eines immer größer geknüpften sozialen Netzes eine wichtige Rolle in der Versorgung sozial Schwacher spielen.«

Prognostisch gesehen war das zutreffend, das ist der eine Aspekt. Wenn man bei McKinsey von einer solchen Entwicklung überzeugt war, dann wird, so ist zweitens anzunehmen, ihre Beratungstätigkeit nicht nur bei den Tafeln entsprechend ausgerichtet gewesen sein, sondern auch bei ihren Regierungsberatungen zur neueren Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, den sogenannten Hartz-Reformen: Während also bei den Tafeln Wohltätigkeit befördert wurde, so andererseits die Rücknahme sozialer Rechte (vgl. Rohrmann 2009: 149ff.). Man kann das als Realitätssinn bezeichnen oder als sich selbst realisierende und bestätigende Prophezeiung. Jedenfalls geht es nicht allein um »Realität«, das ist der dritte Aspekt, denn deutlich wird im Zitat, dass

diese Entwicklung nicht als Problem wahrgenommen, sondern als positiv begrüßt und deshalb befördert wurde.

Bei den Tafeln selbst schreibt der Vorsitzende des Bundesverbands im Jubiläumsheft zu fünfzehn Jahren Tafeln (Feedback 1/2008: 2):

»Wir würden uns wünschen, dass wir von der Politik als notwendiger Teil unseres Sozialsystems anerkannt und die entsprechende Unterstützung erhalten würden. [...] Während andere Vereine die Segnungen der Vereinsförderung erfahren und ihre Geschäftsstellen durch die öffentliche Hand finanziert werden, muss der Bundesverband der Tafeln bisher ohne diese Förderung auskommen. Aus unserer Sicht ist das ein sozialpolitischer Skandal. Von der Politik wünschen wir uns an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zur Arbeit der Tafeln.«

Der »sozialpolitische Skandal« sind hier nicht Armut und Ausgrenzung, sondern mangelnde Anerkennung und Unterstützung der Tafeln durch den Staat. Die Tafeln werden nicht als Symptom einer verfehlten Sozialpolitik vorgestellt, wogegen man protestiert und sich engagiert, sondern bereits »als notwendiger Teil unseres Sozialsystems«. Nicht die staatliche Sozialpolitik soll sich zu ihren Fehlern »bekennen« und für mangelhafte Unterstützung die Verantwortung übernehmen. Vielmehr soll sich die Politik zur »Arbeit der Tafeln« bekennen, also anerkennen, dass die Tafeln selbst eine Lösung bieten. Sicher wird man auch Zitate finden, die anderes fordern – bis hin zum genannten Überflüssigwerden. Dies zeigt aber nur die Konfusion bei den Tafeln über die Konsequenzen ihres Engagements. Die faktische Arbeit am partiellen ›Systemwechsel‹ dürfte den allermeisten Aktiven bei den Tafeln nicht klar sein.

Beiden bisher genannten Reaktionen auf die Frage nach einer angemesseneren Bearbeitung sozialpolitischer Probleme ist gemeinsam, dass sie die zweite Antwort auf die Eingangsfrage bestätigen: Die NutzerInnen haben *keinen Anspruch auf Tafelleistungen*, weil diese nicht auf einklagbaren Rechten, sondern auf freiwilliger Wohltätigkeit beruhen.

(3) Es gibt aber noch eine dritte Reaktion. An dieser Stelle ist häufig die Selbstermahnung zu hören, dass die Tafeln politischer werden müssten. Die geleistete Nothilfe ist dann der sichtbare Protest gegen Armut und Ausgrenzung in einem rei-

chen Land. Ein unwürdiger Umgang mit Menschen in unzureichend abgesicherten Lebenssituationen dürfe nicht geduldet werden. Deshalb wäre eine zusätzliche politische Anstrengung erforderlich, Möglichkeiten besserer gesellschaftlicher Integration zu erreichen. Dafür gibt es wiederum zwei Wege, die sich nicht ausschließen, eher ergänzen. Zum einen ist das der öffentlich artikulierte Protest. Eine breite Öffentlichkeit und ihre politischen VertreterInnen werden mit den Problemen unausweichlich konfrontiert und auf verbindliche sozialpolitische Lösungen hin gedrängt. Zum anderen gibt es den Weg der Erweiterung des Spektrums der eigenen Tätigkeiten. Jenseits bloßer Lebensmittelverteilung geht es um konkrete Unterstützung bei der Erlangung und Durchsetzung sozialer Rechte, z.B. durch diverse Beratungsangebote. Gemeinsam ist beiden Wegen, dass letztlich soziale Rechte besser gewährleistet bzw. dass sie erweitert werden sollen. Mit anderen Worten: Was die Tafeln selbst nicht bieten können, nämlich verbindliche (einklagbare) sozialpolitische Standards zu gewährleisten, das soll für die bzw. mit den TafelnutzerInnen politisch durchgesetzt werden.

In dieser Perspektive würden die Tafeln eine Stärkung sozialer Rechte und Teilhabemöglichkeiten verfolgen und nicht die vermehrte Mildtätigkeit. Soziale Ansprüche würden als legitimes Ziel gesetzt und so anerkannt, dass Menschen in problematischen Lebensphasen über solche verbindlichen Ansprüche gesellschaftlich integriert sein *sollten*.

Wie entstehen Ansprüche ...

Sie dabei zu unterstützen heißt allerdings immer noch nicht, dass die TafelnutzerInnen diese Ansprüche bei den Tafeln selbst bereits *faktisch* hätten. Obwohl Antwort zwei auf die Eingangsfrage so gerade *als Problem* aufgeworfen würde, wäre sie dennoch weiter gültig. Deswegen muss nun gefragt werden, woher die Ansprüche der NutzerInnen eigentlich kommen? Wo doch so offensichtlich ist, dass es sie nicht geben kann?

Um das zu beantworten wird man die TafelnutzerInnen, die mit solchen Ansprüchen kommen, selbst fragen müssen. Ich möchte dies an einem Beispiel aus meiner Forschung veranschaulichen. Dazu greife ich auf einen Interviewausschnitt mit

Frau G. zurück, die in meiner Untersuchung exemplarisch für den Typus *Tafelnutzung als Zugehörigkeit* steht (zu einem weiteren Typus vgl. meinen »Kunden«-Beitrag in diesem Band). Kennzeichnend für diesen Tafelzugang ist es, dass die Tafeln vor allem als Ort der Zugehörigkeit, der Begegnung, der Möglichkeit des Zusammenkommens mit anderen Menschen gesehen wird. Das kann im Rahmen dieses Textes nicht detaillierter dargelegt, sondern muss ein Stück weit voraus gesetzt werden. Zwar spielen auch hier allzu knappe eigene Ressourcen für die Lebensführung eine Rolle beim Gang zur Tafel. Noch bedeutsamer ist es allerdings für Frau G., einen Ort gefunden zu haben, an dem sie sich treffen und – über verschiedene Mitarbeiter – entfalten, den sie auch mitgestalten kann. Wie wird sie nun konkret auf die Möglichkeit der Tafelnutzung aufmerksam, wenn es nicht zuerst die materielle Notsituation ist?¹

Frau G.: Weil ich hatte eigentlich immer vermutet, dass nur eben, äh, die das in Anspruch nehmen können, die jetzt, sag mer mal, dieses Sozialgeld kriegen (Interviewer: Hm). Nich dieses Hartz IV, sondern bloß eben noch ne Stufe niedriger (I: Ja), ne. So. Und und mir wurde dann aber auf'm auf'm Bürgeramt, weil ich da die GEZ beantragt hatte, dass da ich freigestellt werde (I: Hmh), äh, da wurde mir gesagt, ob ich denn auch die Tafel nutze. Und sag, wieso Tafel? Ich sag, das is doch nich für mich, ich sag, ich krieg doch dieses Hartz... Nein, wenn Sie jetzt hier in [X-Stadt] was beantragen, sind Sie auch berechtigt, bei der Tafel (I: Hm) dort einmal in der Woche mit Lebensmittel zu holen (I: Ja). So. Und da bin ich eigentlich dazu gekommen.

Die Annahme, dass nur EmpfängerInnen von »*Sozialgeld*« zur Tafelnutzung berechtigt wären, sagt, dass sich Frau G., die nicht »*nur eben*« Sozialhilfe, sondern »*Hartz IV*« bekommt, nicht zu den »*Bedürftigsten*« zählt (»*noch eine Stufe niedriger*«).² Ob-

-
- 1 Der Interviewausschnitt ist wörtlich verschriftet, aber moderat der Schriftsprache angepasst und anonymisiert.
 - 2 Finanziell befindet sich das Arbeitslosengeld II (oder Hartz IV) auf Sozialhilfeniveau, was Frau G. offensichtlich nicht bekannt ist. Hier funktioniert offensichtlich die Strategie einer Arbeitsmarktpolitik, die durch Umdeklarierung einen Status als Arbeitslose schafft, der trotz mehr oder weniger gleicher finanzieller Ausstattung dennoch als höher im Vergleich zu SozialhilfeempfängerInnen wahrgenommen wird.

wohl sie bereits zuvor von den Tafeln gehört hatte, kam ihr nicht in den Sinn, diese aus »Bedürftigkeitsgründen« aufzusuchen. Vielmehr bezieht sie sich auf bestehende Anspruchskriterien, die für die Tafelnutzung entscheidend sind. Ihre Frage lautet: Wer gehört zu denen, die die Tafel nutzen können? Und dies wird durch vorgegebene Kriterien beantwortet, die einzuhalten, aber von Frau G. nicht selbst zu bestimmen sind.

Dass sie nun die Kriterien erfüllt, erfährt sie während der Beantragung von Solidarleistungen bei einer Behörde, womit die Tafel als (quasi-) sozialstaatliche Einrichtung erscheint, worauf sie scheinbar einen sozialpolitisch legitimierten Anspruch erheben könne. Sie ist – amtlicherseits bestätigt – berechtigt, Lebensmittel bei der Tafel zu holen. Diese angenommene Berechtigung setzt Frau G. in die Lage, problemlos, gewissermaßen »schamlos« zur Tafel zu gehen und von ihrem »Recht« Gebrauch zu machen. Weder Not noch Scham muss sie dafür empfinden oder anführen. Ganz im Gegenteil bietet ihr die Tafel sogar einen positiven Bezugspunkt der Zugehörigkeit; deren Bedeutung drückt sich hier u.a. in der Betonung von »dazu gekommen« aus: sie betont – wie im Text nicht zu sehen, aber auf der Interviewaufnahme zu hören – das »dazu«, nicht das »gekommen«. Sie gehört jetzt »dazu«.

Vergleichbare Äußerungen finden sich mehrere im Interview: Frau G. sieht sich anspruchsberrechtigt. Ja, sie ermutigt ihrerseits immer wieder Bekannte, doch ihre Ansprüche ebenso wahrzunehmen. Wenn es heute bereits vielerorts routinierte Praxis ist, dass Behörden ihre Klientel auf die Tafeln verweisen, so muss es nicht wundern, dass TafelnutzerInnen tatsächlich die Vorstellung haben, sie hätten legitime Ansprüche auf die Tafelnutzung. Und die Tafeln setzen das nicht zuletzt dadurch fort, dass sie quasi-amtlche Bedürftigkeitsprüfungen durchführen und Tafelpässe ausgeben.

... und wie agieren die Tafeln?

Freilich *sind* die Tafeln faktisch keine sozialstaatlichen Einrichtungen und man kann dort nichts verbindlich einfordern. Daran ist Zweierlei zu sehen: Zum einen, wie sich Sozialpolitik und Sozialbürokratie durch die Tafeln eigener Aufgaben entle-

digen können; zum anderen, wie bei den TafelnutzerInnen der Eindruck der Anspruchsberechtigung systematisch erzeugt wird, ohne dass deren Einlösung garantiert würde. Bei den Tafeln selbst reagiert man regelmäßig gereizt darauf, wenn NutzerInnen mit einer »Anspruchshaltung« kommen. Diese »Schamlosigkeit« ist keineswegs gern gesehen, obwohl doch die »Scham der Bedürftigen« so sehr als Problem thematisiert wird. Aber schließlich engagiert man sich ja freiwillig und möchte dafür eher Anerkennung und Dankbarkeit, jedenfalls keine Forderungen von den »Tafelkunden« hören. Solange aber die Tafeln das stille Übereinkommen mit den Behörden mitspielen, das möglicherweise noch als gelungene Kooperation auf kommunaler Ebene wahrnehmen und ihrerseits kommunale Unterstützung in Anspruch nehmen, statt gegen diese Situation politisch aufzubegehen, befördern sie selbst solche Haltungen. Wo Tafeln aktiv am Verwischen der Grenzen zwischen sozialstaatlichen und freiwilligen Leistungen beteiligt sind, ist Verwunderung oder gar Verärgerung über Ansprüche der TafelnutzerInnen unangebracht. Für die NutzerInnen resultiert, dass ihnen einerseits die Illusion von Ansprüchen auf Unterstützung suggeriert wird, sie diese im Zweifelsfall aber nicht einfordern können, sondern sich als dankbare HilfeempfängerInnen bürgerschaftlich organisierter Mildtätigkeit erweisen müssen.

Es muss betont werden, dass es sich hier nicht um ein Effizienzproblem handelt. Es geht nicht um die Frage, ob die Tafeln überhaupt logistisch und/oder bezogen auf die Lebensmittelqualität in der Lage wären, eine stabile und ausreichende Versorgung zu organisieren (vgl. dazu Eisinger 2002, Igl u.a. 2008, Riches 2002, Tarasuk/Eakin 2003, von Normann 2009). – Schon dabei bestehen erhebliche Probleme. Die gereizte Reaktion auf Forderungen ihrer NutzerInnen liegt insofern auch in einer (Selbst-) Überforderung begründet. – Selbst wenn es gelingen würde, diese Effizienzprobleme zu lösen, wären damit noch keine legitimen Ansprüche erreicht. Im folgenden Interviewausschnitt, geführt mit zwei Tafelleitern, wird beides angesprochen. Auf die Frage des Interviewers, ob sich die neue Arbeitsmarktpolitik (seit Hartz IV) für die lokale Tafel spürbar ausgewirkt hätte und mehr Menschen kämen:

Herr B.: Ja, die werden immer mehr. (Herr A.: hm) Und die Stadt macht sich's sehr leicht, auch der Chef vom Sozialamt hier, der Herr [Name], der sagt dann einfach: Ach wissen Sie, gehen Sie mal zur Tafel, die helfen Ihnen schon weiter. (I: ja) Und so weit es möglich war, wurde ja auch geholfen. (A: hm) Aber wenn wir jetzt nicht mehr genug Lebensmittel kriegen, weil die Märkte sich alle so knapp bevorraten, dann können wir denen eben... Wir haben 'ne Warteliste von zig Leuten, die, die 'nen Tafelpass haben möchten, aber denen wir im Moment keinen geben können, weil wir die, die jetzt welche haben, schon nicht ganz bedienen können wie sich's gehört.

(...)

Interviewer: Hm. Wie ist denn jetzt so das Verhältnis überhaupt zur Stadt, oder gewesen, wenn Sie sagen, die machen sich das so 'n bisschen einfach und schicken Ihnen die Leute hin? Ist das dann eher (A: Eigentlich...) ein angespanntes Verhältnis, oder?

Herr A.: Also nein, äh, es ist kein gespanntes, es ist ein, äh, der Bürgermeister ist, äh, eigentlich froh, dass es die Tafeln gibt. (I: hm) Und, äh, was er machen könnte, äh, ja, der ist schon...

Herr B.: Der bemüht sich, würden wir sagen.

Herr A.: ... bemüht sich, bemüht sich. Der kann ja auch nicht sagen: Hier habt Ihr. Äh, so geht's ja nicht. (I: hm) Äh, das Verhältnis ist, ist eigentlich, die sind froh, dass sie uns haben. (I: hm)

Die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zur Kommune wird nicht aus der eigenen Sicht vorgetragen, sondern aus Sicht der Stadtverwaltung. Dass die mit der Tafel gut leben kann, ist aber weniger erstaunlich, als dass von Seiten der Tafel kein Widerspruch kommt. Obwohl die Verschiebung von der sozialstaatlichen auf die zivilgesellschaftliche Ebene klar gesehen wird (»*die Stadt macht sich's sehr leicht*«), belastet das nicht einmal das gute Verhältnis – und nicht einmal angesichts des Eingeständnisses, dass man selbst gar nicht zu einer adäquaten Problembearbeitung in der Lage ist, weil zuwenig geeignete Lebensmittel mobilisiert werden können, »*wie sich's gehört*«.

Fazit

Bürgerschaftliche Solidarität ist zweifellos von hoher Bedeutung in der demokratischen Gesellschaft. Sie kann in der Ausgestaltung des öffentlichen Lebens und dessen Vielfältigkeit

kaum überschätzt werden. Auch als Protestform bis hin zu zivilem Ungehorsam (z.B. Kirchenasyl in der Flüchtlingshilfe), der letztlich auf die Aufhebung des »Ungehorsams« durch eine neue legitimierende Rechtsform zielt, ist sie eine Bereicherung. Der Ausgangspunkt der Überlegungen war allerdings, dass die Tafeln von »Bedürftigkeit« bei ihren NutzerInnen ausgehen. Das heißt, die Tafeln sehen gesellschaftliche Mindeststandards bei elementaren Lebensbedingungen verletzt. Hierfür unproblematisiert dauerhaft auf Lösungen zu setzen, auf die kein legitimer Anspruch erhoben werden kann, die nicht einmal Mindeststandards legitim einfordern lassen, bewegt sich in eine andere Richtung. Für die NutzerInnen bieten solche Ansprüche eine Basis, so im Beispiel von Frau G. zu sehen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfsangebote selbstbewusst zu nutzen und ohne permanente Beschämung ihren Alltag zu meistern. Diese »Anspruchshaltung« wird von den Tafeln zum Teil selbst befördert, vor Ort aber zurückgewiesen – damit wird aber auch diese Möglichkeit des unbeschämten Umgangs mit schwierigen Lebenssituationen zurückgewiesen.

Der sich (nicht nur in Deutschland) vollziehende partielle »Systemwechsel« beschneidet letztlich soziale Rechte. Richtig ist deshalb die seitens der Tafeln selbst gelegentlich erhobene Forderung, dass sie politischer werden müssten, wenn sie einen nachhaltigen Beitrag zur Verringerung von Armut und Ausgrenzung leisten wollen. Nach mehr als anderthalb Jahrzehnten Tafeln in Deutschland bleibt allerdings die Frage, ob und wann sie dies tatsächlich mit dem nötigen Schwung noch angehen werden.

Literatur

- Eisinger, Peter (2002): »Organizational capacity and organizational effectiveness among street-level Food Assistance Programs«. In: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly 31 (1), S. 115-130.
- Igl, Gerhard u.a. (2008): Die Tafeln. Innenansichten aus dem Alltag einer sozialen Bewegung, Berlin.
- McKinsey & Company 1997: Betrieb einer Tafel. Handbuch, McKinsey & Company Inc.

- Riches, Graham (2002): »Food banks and food security: welfare reform, human rights and social policy. Lessons from Canada?« In: Social Policy & Administration 36 (6), S. 648-663.
- Rohrmann, Eckhard (2009): »Tafeln und der Abbau des Sozialstaats«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsinvention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 137-156.
- Tarasuk, Valerie/Eakin, Joan M. (2003): »Charitable food assistance as symbolic gesture: an ethnographic study of food banks in Ontario«. In: Social Science & Medicine 56, S. 1505-1515.
- von Normann, Konstantin (2009): »Ernährungsarmut und ›Tafelarbeit‹ in Deutschland. Distributionspolitische Hintergründe und nonprofit-basierte Lösungsstrategien«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsinvention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 85-106.

